

Nr. 21/17 vom 29.06.2021

„Energy Chat in der Reinhardt“ zur Bundestagswahl 2021

**Das Wahlprogramm 2021 der Partei DIE LINKE auf dem Prüfstand - welche energie- und Klimaschutzpolitischen Aussagen werden getroffen?**

**Berlin. Auch im Wahljahr 2021 stellt das Forum für Zukunftsenergien die Wahlprogramme einiger Parteien auf den Prüfstand. In der vierten Ausgabe am 22. Juni 2021 wurde mit Klaus Ernst, MdB, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestages, über die energie- und klimapolitischen Aussagen im Wahlprogramm der Partei DIE LINKE diskutiert.**

In der derzeitigen Energie- und Klimapolitik der Bundesregierung würden die Aspekte der Bezahlbarkeit und der sozialen Ausgewogenheit nicht ausreichend adressiert, kritisierte Klaus Ernst, MdB (DIE LINKE), Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestages. Im Gespräch mit Dr. Annette Niefeld, Geschäftsführerin des Forum für Zukunftsenergien e.V., betonte Ernst, dass Klimaneutralität, durch die Politik nicht mittels Verboten und verordneten Verhaltensänderungen erreicht werden könne. Es sei seiner Ansicht nach zielführender, dies mittels technischer Innovationen anzustreben und auf diese Art und Weise außerdem Arbeitsplätze zu erhalten. Ernst betonte, dass Strom, Raumwärme und Mobilität für alle Bürger bezahlbar bleiben müssten. Die Linke lehne daher die Steuerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen mittels einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung ab und auch Stromsperren, aufgrund nicht gezahlter Rechnungen, seien nicht akzeptabel. Deshalb sei Die Linke bereit, die Energieunternehmen gegebenenfalls zu entmachten.

Ernst kritisierte das langsame Tempo beim Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland. Um die zur Erreichung der Klimaneutralität notwendigen Mengen an erneuerbarem Strom schneller erhalten zu können, plädierte Ernst für eine stärkere finanzielle Beteiligung der betroffenen Kommunen an den Erträgen der EE-Anlagen und die Straffung von Planungs- und Genehmigungsverfahren. Um den Ausbaubedarf von Netzinfrastrukturen zu verringern, forderte er Bestrebungen für eine dezentrale Energiewende zu unterstützen und die Planung von Strom- und Gasnetzen enger miteinander abzustimmen. Zusätzlich forderte er gleiche Netzentgelte für alle Bürger und einen Kohleausstieg vor dem Jahr 2035.

Um die Bezahlbarkeit von Raumwärme im Zuge der Energiewende auch zukünftig gewährleisten zu können, werde Gas für eine Übergangszeit benötigt, betonte Ernst. Gleichzeitig müssten höhere Sanierungsquoten angestrebt und „Klima-Checks“ für Gebäude bis 2025 durchgeführt werden, um bis 2035 einen klimaneutralen Gebäudebestand zu erreichen.

Im Mobilitätssektor müsse es ebenfalls eine größere Offenheit gegenüber verschiedenen technischen Möglichkeiten geben, so Ernst. Beispielsweise könnten synthetische Kraftstoffe einen großen Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele leisten. Ein Verbot des Verbrennungsmotors und der damit einhergehende Verlust der Wertschöpfungsketten könnten vermieden werden. Daneben müsse mit intelligenten Verkehrskonzepten der innerstädtische Verkehr entlastet und attraktivere Mobilitätsangebote den Menschen in ländlichen Regionen gemacht werden. Auch ein kategorisches Verbot von Flügen lehnte Ernst ab, der Ausbau von entsprechenden klimaneutralen Alternativen innerhalb Deutschlands, wie z.B. Schnellfahrstrecken der Bahn, sei das Mittel der Wahl.

Großes Potenzial für Beschäftigung und Klimaschutz sehe Ernst auch im Hochlauf der Wasserstofftechnologie. Obwohl grüner Wasserstoff das Ziel sei, müsse in der Übergangsphase auch auf andere „Farben“ des Wasserstoffes gesetzt werden, wobei er Wasserstoff aus Atomstrom kategorisch ausschloss. Auch die Anwendung der CCS-Technologie in der Übergangsphase sei akzeptabel, auch wenn Die Linke langfristig auf die Technologie verzichten möchte. Die Idee Energieautarkie in Deutschland anzustreben sei unrealistisch, daher seien Bestrebungen zur Förderung einer internationalen Wasserstoffwertschöpfkette zu begrüßen. Ernst plädierte dafür, nach der Förderung des Ausbaus der erneuerbaren Energien, weitere Fördergelder für den Aufbau der Wasserstoffwirtschaft zu verwenden.

Um Carbon Leakage zu verhindern, müssten die zugesagten Kompensationen auf unbürokratische Art und Weise erfolgen, nicht zuletzt, um die Beschäftigung in Deutschland nicht zu gefährden, so Ernst. Zusätzlichen Industriestrompreisen erteilte er eine eindeutige Absage, denn die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen werde nicht allein durch Strompreise bestimmt. Die Sachlage müsse genau analysiert werden, bevor es weitere Entlastungen für die Industrie gebe, betonte Ernst.

### **Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.**

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verein gehören ca. 230 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

#### **Kontakt:**

Forum für Zukunftsenergien e.V.  
Reinhardtstr. 3  
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 0  
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9  
zukunftsenergien.de  
Twitter @FfZeV  
LinkedIn @FfZeV